Nummer 7 — 34. Jahrgang
Erscheint 6 mal wöchentlich mit der illustrierten Gratisbeilage „Der Feuerreiter" und mehreren Zeitbeilagen
Monatliche Bezugspreise:
Ausg. A mit St. Bennoblatt und Feuerreiter M. 2,70
Ausg. B. ohne St. Bennoblatt u. mit Feuerreiter M. 2,20
Ausg. C ohne St. Bennoblatt u. ohne Feuerreiter M. 1,70
Einzelnummer 10 Pfg., Sonnabend- u. Sonntag-Nr. 20 Pfg.

Sächsische Volkszeitung

Ausgabe A–B und C
Mittwoch, den 9. Januar 1935
Verlagsort Dresden
Anzeigenpreise: die 1spaltige 22 mm breite Zeile 8 Pfg., — für Familienanzeigen und Stellengesuche 6 Pfg. — Für Platzvorschriften können wir keine Gewähr leisten

Redaktion: Dresden-A., Polierstr. 41, Fernr. 20711 u. 21012
Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Germania Buchdruckerei u. Verlag Th. u. G. Winkel, Polierstr. 17, Fernr. 21012, Postscheck: Nr. 1025, Bank: Stadtbank Dresden Nr. 94767

Unabhängige Tageszeitung für christliche Politik u. Kultur

Im Falle von höherer Gewalt, Verbot, einschränkenden Betriebsstörungen hat der Bezieher oder Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung in beschränktem Umfange, verspätet oder nicht erscheint. — Erfüllungsort Dresden

Bald wieder Abrüstungs-Konferenz?

England will die Initiative ergreifen

Die erste englische Kabinettssitzung im neuen Jahre

London, 8. Januar.

In der Kabinettssitzung am Mittwoch, die die erste in diesem Jahre ist, soll, wie der politische Mitarbeiter der „Morningpost" schreibt, über die Wiederbelebung der Abrüstungskonferenz im Februar gesprochen werden. Macdonald und Simon werden voraussichtlich am heutigen Dienstag eine Besprechung haben. Am Mittwoch wird dann Simon im Kabinett eine Uebersicht über die europäische Lage geben. In Regierungskreisen werden die Aussichten für eine baldige Wiederbelebung der Abrüstungskonferenz als groß bezeichnet. Man will die Initiative ergreifen. Es wird darauf hingewiesen, daß Ereignisse der neueren Zeit, wie der Eintritt Sowjetrußlands in den Völkerbund, die österreichische Regelung und die französisch-italienischen Vereinbarungen viel dazu beitragen können, Frankreich die Sicherheit zu geben, die es wünscht, bevor es in der Abrüstungsfrage Zugeständnisse macht. Wenn die Saarabstimmung befriedigend verlaufe, dann wird sehr wahrscheinlich jede Anstrengung gemacht werden, um die französische Regierung zu einer Aenderung ihrer Haltung gegenüber Deutschland zu überreden. Der Besuch Flandins und Lavals in London wird zu nachdrücklichen Vorstellungen benutzt werden. In Regierungskreisen hofft man, daß in der Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz, die in der ersten Februarwoche in Genf stattfindet, dafür gesorgt werden kann, daß der britische Abrüstungsplan wieder vor die Konferenz gebracht und zur Grundlage eines Abkommens gemacht werden kann.

Nach dem Vertreter der „Morningpost" in Rom geht die Wiederaufnahme der Aussprache über die Abrüstung günstig vonstatten. Die Denkschrift Mussolinis vom Januar 1934 werde anscheinend die Grundlage einer Vereinbarung zwischen Italien und Frankreich bilden. Laval soll sich bereit erklärt haben, die Verhandlungen hierüber wieder aufzunehmen. Der Mitarbeiter ist der Ansicht, daß Frankreich und Italien in einigen Wochen die interessierten Mächte zur Besprechung der Nichteinmischungs- und Konsultativpakte nach Rom einladen würden.

Die Rom-Protokolle

Wollen wir für das Ergebnis der Romreise Lavals das richtige Augenmaß gewinnen, so müssen wir zunächst feststellen, was in den gestern gemeldeten Entwürfen offenbar nicht enthalten ist: 1. kein Wort über die Flottenfrage, welche das Thema des Jahres 1935 bilden wird, 2. kein Wort von einem Mittelmeerpakt, wie er seit beinahe zwei Jahren von englisch-französischer Seite betrieben wird, 3. keine feierliche Garantieerklärung Mussolinis für die Integrität Südslawiens, auf die man in der Pariser und Belgrader Presse große Hoffnungen setzte, 4. statt eines Garantievertrages über Oesterreich eine Empfehlung an eine Reihe europäischer Staaten und ein Konsultativpakt ohne konkrete neue Inhalte. Ohne die Bedeutung der römischen Staatsmännerzusammenkunft herabsetzen zu wollen, geben uns die seit Wochen, ja seit Monaten hochgespannten Erwartungen, welche man an diesen französischen Besuch in Rom knüpfte, das Recht, diese vier Punkte als unerledigt hervorzuheben. Trotz langwieriger diplomatischer Vorbereitungen gelang es nicht, diese Klippen zu überwinden, und die Pariser Zeitungen beeilten sich denn auch, während der Anreise Lavals aus dem unvorsichtigerweise proklamierten „Abschluß der diplomatischen Verhandlungen" einen „ersten Schritt zum französisch-italienischen Interessenausgleich" zu machen. Dieser erste Schritt ist zweifellos erfolgt, und er ist ernst genug, um in seiner vollen europäischen Tragweite gewertet zu werden.

Die Rückschläge der vergangenen Monate haben die faschistische Außenpolitik zu einer bemerkenswerten Achsendrehung veranlaßt. Das seinerzeit viel besprochene Wort Mussolinis, daß die revisionistischen Ziele Italiens nicht in Europa, sondern im nahen Orient lägen, sind zum Leitmotiv einer ausgesprochenen kolonialen Orientierung der römischen Politik geworden. Es ist zweifellos leichter, in den unermeßlichen Räumen des nördlichen Afrika einige Grenzsteine zu verschieben und einige Oasen unter eine andere Schutzherrschaft zu stellen, als auf dem historischen Boden des alten Europa eine aktive und erfolgreiche Revisionspolitik zu betreiben. Die römische Politik selbst hat diese europäische Aktionsbasis geopfert, als sie sich an einem der revisionsbedürftigsten Punkte Europas für den bedingungslosen Status quo einsetzte und dafür ihre gesamten Machtmittel in die Wagschale warf. Der engere Zusammenschluß der Kleinen Entente und die Bildung des Balkanbundes unter Einschluß Griechenlands und der Türkei hätten als Warnung dienen müssen, wenn man nicht auch in Rom wie fasziniert unter dem Eindruck der Barthouschen Einkreisungspropaganda gestanden hätte. So wurde der Prestigeerfolg, den der römische Dreieckspakt Rom—Wien—Budapest ohne Frage bedeutete, wieder wettgemacht durch die stärkeren Klammern, welche der Quai d'Orsay um seine alten Verbündeten schmiedete, und das italienisch-ungarische Vertragsnetz, das Gömbös in Rom mühsam zu reparieren versuchte, bekam einen tiefen Riß, als Kanya bei den Genfer Verhandlungen wegen der Belgrader Beschwerde von italienischer Seite nicht die erwartete Rückenstärkung fand. Wenn auch das Gerücht einer ungarisch-südslawischen Entspannung mit ebenso großer Vorsicht aufzunehmen ist wie die offiziöse Budapester Verlautbarung, daß man das revisionistische Programm mit neuen Methoden weiterführen müsse, so läßt sich nicht leugnen, daß Italien im Südostraum neue moralische Positionen eingebüßt hat. Auch in seiner zeitweiligen Vorzugsstellung gegenüber Oesterreich! Die beiden römischen Entwürfe bedeuten schließlich nichts anderes als das italienische Eingeständnis, daß die Mächte hinsichtlich Oesterreichs nur noch in gemeinsamem Einverständnis handeln dürfen, wobei es von vornherein klar ist, daß die divergierenden Interessen der Anliegerstaaten von vornherein jede direkte Einmischung verhindern.

Es hat sich im Verlaufe der vergangenen Jahre ein gesundes Mißtrauen gegen den Wert schönklingender, aber inhaltsarmer Kollektivpakte eingebürgert. Es ist längst zu einer Sache der völkerrechtlichen Spezialisten geworden, die Unzahl europäischer Kollektivpakte, angefangen beim Völkerbundspakt bis zu den zahlreichen Nichtangriffsverträgen, den Garantieverträgen für die Unabhängigkeit Oesterreichs und den Sonderabmachungen der Südostmächte untereinander und mit Frankreich gegenseitig abzustimmen und auf eine brauchbare politische Formel zu bringen. Zur glatten Unmöglichkeit aber wird dieser Versuch dann, wenn man gleichzeitig die geheimen und die militärischen Abmachungen zu Rate zieht und aus ihnen die Verpflichtungen der verschiedenen Staaten aus ihren jeweiligen Verträgen abzuleiten sucht. Ein neutraler Beobachter dieser Paktomanie, Lloyd George, hat vor nicht langer Zeit mit Recht gesagt, daß Europas Friede an einer Inflation von Friedenspakten zu ersticken droht, und in kritischen Fällen wird nur der geschicktere Spieler, der beredtere Anwalt daraus Nutzen für sein eigenes Land ziehen können. Dieser

Die Beziehungen zwischen Danzig u. Polen

Reden des polnischen Ministerpräsidenten und des Danziger Senatspräsidenten Greiser

Warschau, 8. Jan. Bei dem Essen, das der polnische Ministerpräsident für den Danziger Senatspräsidenten aus Anlaß seines Antrittsbesuches bei der polnischen Regierung am Montagabend gab, führte der Ministerpräsident Kozlowski in einer Rede u. a. aus: Man könne mit Befriedigung auf die seit zwei Jahren durchgeführte gemeinsame Arbeit zurückblicken, deren Folgen sowohl Polen als auch Danzig als nützlich empfinden. Man dürfe jedoch dabei nicht stehen bleiben, sondern müsse folgerichtig den eingeschlagenen Weg weitergehen. Im Geiste der alten Tradition und in Anbetracht der juristischen und geographischen Lage Polens und Danzigs müsse man zu immer engerer wirtschaftlicher Zusammenarbeit kommen.

Senatspräsident Greiser antwortete u. a.: Der jetzige Besuch sei erfolgt, um einerseits die bestehenden Beziehungen zwischen Polen und Danzig zu vertiefen und andererseits, um entgegen allen Gerüchten der letzten Wochen zu unterstreichen, daß die vom Vertrauen der nationalsozialistischen Bewegung getragene Danziger Regierung weiterhin es für ihre ehrenvolle Verpflichtung und Aufgabe halten werde, unter Erhaltung des deutschen Charakters der Freien Stadt Danzig eine beide Seiten befriedigende Lösung der politischen und landwirtschaftlichen Fragen im Wege unmittelbarer Verhandlungen herbeizuführen. Greiser stellte mit Befriedigung fest, daß an der Spitze Polens Männer mit soldatischer Haltung ständen, wodurch eine Grundlage für die Annäherung und Verständigung geschaffen sei, die bei Berücksichtigung des nationalen Charakters und Geistes allein Ausgangspunkt zum Zusammenleben und zur gegenseitigen Achtung sein könne.

Heute besuchen Senatspräsident Greiser, Senator Huth und die übrigen Mitglieder der Danziger Abordnung den polnischen Staatspräsidenten im Schloß Spala bei Tomaszow. An der Fahrt nach Spala nehmen teil der Chef des Protokolls, Romer, der polnische Generalkommissar in Danzig, Papee und einige höhere polnische Beamte der Warschauer Ministerien. Von Spala aus erfolgt am heutigen Tage die Rückreise des Senatsvertreters nach Danzig.

Requiem für den polnischen Geschäftsträger Wyszynski

Berlin, 8. Jan.

In der Domkirche zu St. Hedwig fand am Montagmittag ein feierliches Totenamt für den nach siebenjähriger verdienstvoller Amtstätigkeit in Berlin kürzlich verstorbenen Geschäftsträger an der polnischen Botschaft, Legationsrat Kazimierz Wyszynski statt.

Neben den nächsten Angehörigen des Toten war an der Spitze zahlreicher Mitglieder der hiesigen polnischen Kolonie Botschafter Jozef Lipski mit dem gesamten Personal der Botschaft und des Generalkonsulats zu dem von dem polnischen Pfarrer Demainski zelebriertem Requiem erschienen. Für den Reichsminister des Auswärtigen, Freiherrn von Neurath, der einen mit den Farben des Reichs geschmückten herrlichen Kranz an der Bahre hatte niederlegen lassen, nahm der Chef des Protokolls, Gesandter Graf von Bassewitz an der Totenmesse teil. Außer ihm bemerkte man den Gesandten Heg, den Ministerialdirektor Meyer und zahlreiche weitere Herren des Auswärtigen Amts. Auch die sämtlichen bei der Reichsregierung beglaubigten diplomatischen Missionen einschließlich der päpstlichen Nuntiatur waren vertreten, die meisten davon, so die Botschaften von Frankreich, Italien und der Türkei, durch ihre Chefs.

Unter den prachtvollen Blumengewinden, die den Katafalk umrahmten, fiel besonders ein riesiger Kranz des Diplomatischen Korps sowie ein von der deutschen Handelskammer für Polen in Breslau gewidmeter Kranz auf. Ein Samtkissen mit den Ordensauszeichnungen des Toten schmückte den Sarg.

Im Lauf des Nachmittags wurden die sterblichen Ueberreste des toten Diplomaten nach seiner polnischen Heimat übergeführt.

Die Memoiren von Kardinal Gasparri

Rom, 8. Januar.

In Rom ist bekannt geworden, daß der verstorbene Kardinal Gasparri einen eingehenden Bericht über sein Leben hinterlassen hat. In der letzten Ausgabe des „Illustrazione Vaticana" erzählt Graf Dalla Torre, der Schriftleiter des „Osservatore Romano", wie diese Memoiren zustandekamen. Als Kardinal Gasparri im Jahre 1930 sein Amt niederlegte, war Graf Dalla Torre von einem amerikanischen Verlag aufgefordert worden, eine Biographie des berühmten Kirchenfürsten in Form eines Romans zu schreiben. Der Kardinal hatte die Erlaubnis gegeben, obwohl es ihn ungemein belustigte, daß er der Held eines Romans werden sollte. Er war mit dem Grafen sehr befreundet gewesen, und so waren sie übereingekommen, daß der Kardinal seine Erinnerungen erzählen, und der Graf sie in geeigneter Form niederschreiben sollte. Mit erstaunlicher Genauigkeit und nicht ohne Rührung erinnerte sich der Kirchenfürst der Ereignisse aus seinem reichbewegten Leben. Bei der dritten Sitzung äußerte er plötzlich den Wunsch, den Roman selbst zu schreiben. Und er begann sogleich mit seiner Aufgabe. Nur zwei Tage bevor ihn seine letzte Krankheit befiel, war er in die Redaktion des „Osservatore Romano" gekommen, um dem Grafen die Stelle seines Manuskripts vorzulesen, die die Reorganisation Europas nach dem Weltkrieg behandelte. Beim Abschied sagte er: „Es fehlen bloß noch einige abschließende Sätze und dann... Nunc dimittis."